

Verkürzte Planungszeit

Wege entstehen beim Gehen

Gedanken zur Entwicklung neuer Gesamtschulen

Im Vertrauen auf die Zusage des Ministerpräsidenten vor der Wahl, das in Deutschland einmalige gesetzliche Verbot einer Einrichtung neuer Gesamtschulen wieder aufzuheben und damit dem vieltausendfachen Willen der Eltern endlich nachzugeben, haben Gesamtschulinitiativen in zahlreichen Orten und ganzen Landkreisen ihre Arbeit verstärkt oder neu aufgenommen. Sie glaubten in der Zeit mancher „Wortbrüche“ an das Wort ihres Ministerpräsidenten und bereiteten sich auf den Beginn ihrer Gesamtschule zum Schuljahresbeginn 2008/2009 vor. Nun sieht es so aus, als sei die Landesregierung nicht willens oder fähig, den Gesetzesanträgen der Oppositionsparteien zuzustimmen oder gar einen eigenen Gesetzesvorschlag ohne Wenn und Aber vorzulegen und das Errichtungsverbot so rechtzeitig aufzuheben, dass die Hoffnung der Eltern, Schulträger und Lehrer, ihre Gesamtschule zum 1. August 2008 zu starten, verwirklicht werden kann. Das hier und da vorhandene Misstrauen, dass die Ankündigung des Ministerpräsidenten vor der Wahl nur ein wahltaktisches Manöver gewesen sei, wächst, die Glaubwürdigkeit des Ministerpräsidenten gerät ins Wanken, die Politikverdrossenheit wird noch stärker.

Trotzdem werden die Initiativgruppen die Planung ihrer Gesamtschule fortsetzen. Sie haben auch keinen Grund, mutlos zu werden oder aufzugeben. Sie können sich ihrer Sache, die bessere und eine gerechte Schule zu wollen, sicher sein. Die Auszeichnung von Gesamtschulen Niedersachsens als beste Schulen Deutschlands bestätigt ihren Weg. Dass Gymnasien die Anforderungen, die an die Verleihung des Deutschen Schulpreises gestellt sind, von ihnen nicht erfüllt werden können, haben Gymnasialleiter in Hildesheim öffentlich bekannt.

Die Situation ist heute eben anders als zur „Gründerzeit“ der ersten Gesamtschulen Niedersachsens 1969 bis 1973. Damals war die neue Schulform „Gesamtschule“ noch weitgehend unbekannt; es existierten nur einige Schulversuche in Deutschland. Die vorhandenen Modelle wie die Gesamtschule in Berlin Britz-Buckow-Rudow mit dem frühzeitig einsetzenden FEGA-Differenzierungsmodell oder die konfessionell gebundene „Friedensschule“ in Münster oder die Gesamtschule in Frankfurt-West mit ihrem „Räte-System“ der Mitbestimmung wollten wir in Niedersachsen nicht übernehmen. In ständiger und enger Zusammenarbeit von Kultusministerium und Planungsgruppen wurden Grundzüge einer neuen Gesamtschule für Niedersachsen entwickelt. Keine einzige der zum 1. August 1971 beginnenden sieben integrierten und zwei kooperativen Gesamtschulen verfügte über ein vollständiges und detailliertes Konzept. Jede hatte im Rahmen abgesprochener allgemeiner Regeln eine Art „Rahmenplan“ erarbeitet, der immer wieder diskutiert und weiterentwickelt wurde. Die ersten Gesamtschulen waren in ihrer Innengestaltung bereits weitgehend „eigenverantwortlich“ oder, wie der spätere Kultusminister Dr. Remmers mir einmal sagte, „noch nicht serientauglich“. Ihre pädagogische und didaktische Grundidee „anderes anders lernen und lehren“ und jedes Kind individuell fördern und fordern erforderte eine intensive und fortlaufende Zusammenarbeit innerhalb der Schule – eine Art Vorläufer der „schulinternen Fortbildung“. Das war notwendig, weil ein großer Teil der Lehrer und Lehrerinnen noch relativ jung und ohne Praxiserfahrung und nicht immer um der Gesamtschulidee willen an die Gesamtschule gekommen war. Ich bin heute davon überzeugt, dass es richtig war, die eine oder andere Gesamtschule zu genehmigen, auch wenn sie noch nicht bis ins Letzte durchgeplant und vorbereitet war. Ich war schon damals der Meinung, dass Schule immer auf dem Wege ist, immer eine „lernende Organisation“ sein wird und immer für weitere Entwicklungen offen bleiben muss. „Wege entstehen beim Gehen“. Dieser Spruch gilt auch für die Entwicklung neuer Gesamtschulen.

Solche Überlegungen lassen mich den jetzigen Initiativen für ihre weitere konstruktive Arbeit Mut machen. Sie müssen die Gesamtschule nicht neu erfinden, wie auch das Rad nicht immer neu erfunden werden muss. Es gibt hervorragende Beispiele von Gesamtschulen, die – besonders wenn sie in der Region neuer Gesamtschulen liegen – als „Patenschule“ dienen können wie einst die „Mutterklöster“ für die Ausbreitung weiterer Klöster. In manchen Gesamtschulen wurden Schulprogramme und „Bausteine für die Schulentwicklung“ erarbeitet, die für neue Gesamtschulen herangezogen werden können. Dabei wird es niemals möglich sein, solche Unterlagen einfach zu übernehmen, sie können aber besonders in verkürzten Planungszeiten eine wertvolle Hilfe sein.

Warum also sollten Initiativen nicht doch schon für den 1. August 2008 planen? Wäre es nicht zweckmäßig, in Planungsgruppen bereits Teile eines künftigen Kollegiums einzubeziehen? Der alte

und neue Ministerpräsident steht im Wort, ihn sollten wir alle, die wir für Gesamtschulen sind, beim Wort nehmen. Und dass Eltern vieltausendfach eine Gesamtschule für ihre Kinder wollen, ist nachweisbar. Auch Schulträger sind zunehmend an einer Gesamtschule in ihrem Bereich interessiert, die in Zeiten schwankender Schülerzahlen Sicherheit gibt und den Standort selbst attraktiver macht. Wo wie in Orten mit bereits vorhandenen Gesamtschulen mit dem Überhang abgelehnter Bewerbungen oder in anderen Regionen mit bereits erhobenen Elternwünschen ein Bedarf schon festgestellt ist, ließe sich nach einer Aufhebung des Errichtungsverbots eine neue Gesamtschule auch nach verkürzter Planungszeit zum 1. August 2008 beginnen. Wir sollten dieses Ziel nicht aufgeben, sondern mit dem nötigen Druck weiter verfolgen.

Ich kann und möchte nicht glauben, dass der Ministerpräsident sein Wort bricht oder zu irgendwelchen Ausreden flüchtet. Er wäre dann nicht nur selbst unglaubwürdig, sondern auch wortbrüchig gegenüber Eltern, Schulträgern und Lehrern. Und damit würde er nicht nur seiner eigenen Regierung, sondern der Glaubwürdigkeit von Politikern allgemein und somit der demokratisch verfassten Bundesrepublik schaden.